



Verkehr

Zuschuss fürs Gewissen

Regierung will bis zu 5000 Euro Prämie pro Elektroauto zahlen.

Um den Absatz von Elektroautos anzukurbeln, will die Bundesregierung den Kauf von batteriegetriebenen Pkw bezuschussen. Bei der letzten Sitzung des Lenkungskreises Elektromobilität verständigten sich die beteiligten Ministerien auf eine Kaufprämie von bis zu 5000 Euro. Offizieller Titel: „Umweltbonus“. Damit will die Regierung ihrem Ziel näher kommen, bis zum Jahr 2020 eine Million E-Autos auf die Straße zu bringen. Bisher sind nur wenige Zehntausend E-Fahrzeuge unterwegs. Das komplette Förderprogramm soll jährlich 700 bis 800 Millionen Euro kosten. In einem Zehn-Punkte-Plan schlägt die Regierung zur Gegenfinanzierung unter anderem die Erhöhung der Mineralölsteuer um einen Cent vor, was laut Regierungs-

papier jeden Pkw-Nutzer mit „durchschnittlich nur weniger als 10 Euro“ pro Jahr belaste, aber zu „zusätzlichen Steuereinnahmen von ca. 500 bis 600 Millionen Euro“ führen würde. Alternativ könnte die Regierung auch ein sogenanntes Bonus-Malus-Prinzip bei der Kraftfahrzeugsteuer einführen: Großfahrzeuge mit hohem CO₂-Ausstoß könnten deutlich höher belastet werden und die E-Auto-Prämie finanzieren. Dagegen sperrt sich jedoch die deutsche Autoindustrie. Derzeit arbeiten die Ministerien an einem Regierungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität, das auch den Aufbau von mehr Ladestationen und eine 30-Prozent-Quote für Neuanschaffungen von E-Autos für den Fuhrpark der öffentlichen Hand ab 2019 vorsieht. gt, msa

Kommentar

Gauweilers Gift

Der CSU-Mann schürt mit seiner Verfassungsbeschwerde Ressentiments.

Peter Gauweiler hat wieder einmal die Europäische Zentralbank (EZB) attackiert. Der Applaus der Eurogegner ist ihm sicher. Doch auch wenn er zu Recht immer wieder Demokratietiefdefizite anspricht: Mit seiner Argumentation diskreditiert sich der CSU-Mann diesmal selbst und schürt – juristisch verbrämt – nationalistische Ressentiments.

In seiner fünften Verfassungsbeschwerde in Sachen Europa greift Gauweiler erstmals EZB-Präsident Mario Draghi persönlich an: Die Notenbank hätte ihn von der Entscheidung über das jüngste Staatsanleihenkaufprogramm ausschließen müssen, weil die „Besorgnis“ bestehe, dass er befangen sei. Draghi habe als Generaldirektor im italienischen Finanzministerium einst dazu beigetragen, Italien in den Euro zu führen – wo das Land aus Gauweilers Sicht nicht hingehört. Anschließend sei er als Manager der Investmentbank Goldman Sachs möglicherweise mitverantwortlich für Derivategeschäfte gewesen, mithilfe deren Griechenland seinen Haushalt geschönt habe. Deshalb, so Gauweiler, treffe Draghi womöglich Ent-

scheidungen, die vor allem Griechenland und Italien helfen. Die Derivategeschäfte – wenngleich legal und erst nach Athens Beitritt zum Euro getätigt – waren Teil des fatalen ökonomischen Selbstbetrugs der Eurostaaten. Aber daraus eine Befangenheit Draghis zu konstruieren, ist abenteuerlich. Denkt man Gauweilers Argumentation zu Ende, sind wohl alle EZB-Ratsmitglieder mutmaßlich befangen. Viele von ihnen haben eine politische Vorgeschichte. Alle eine Nationalität. Bundesbankpräsident Jens Weidmann war vor seinem Wechsel in die Geldpolitik im Kanzleramt für Wirtschafts- und Finanzpolitik zuständig. Müsste es da nicht die „Besorgnis“ geben, dass Weidmann in neuer Rolle die von ihm mit Angela Merkel ausgeheckte Politik fortführen will? Müsste man ihn deshalb nicht von geldpolitischen Entscheidungen ausnehmen? So weit geht Gauweiler natürlich nicht. Ihm geht es nicht darum, die Rechtsstaatlichkeit der EZB zu retten, sondern Draghi zu diskreditieren und die Welt nach seinem Bild in gute und schlechte Europäer zu unterteilen.

Martin Hesse